

## Schriftliche Fragen der Abgeordneten Monika Lazar

vom 6. Juli 2010

(Monat Juli 2010, Arbeits-Nr. 7/57, 58)

---

### Fragen

1. Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung bis zum aktuellen Zeitpunkt ergriffen, um den vom Deutschen Bundestag beschlossenen Antrag "Den Kampf gegen Antisemitismus verstärken, jüdisches Leben in Deutschland weiter fördern" umzusetzen?
2. Wie wird die Bundesregierung die in dem Antrag geforderte Verstärkung von Projekten gegen Antisemitismus sicherstellen?

### Antwort

#### Zu 1. Und 2.

Der mit Beschluss des Deutschen Bundestages vom 4. November 2008 „Den Kampf gegen Antisemitismus verstärken, jüdisches Leben weiter fördern“ (BT-Drs. 16/10775 und 16/10776) erteilte Auftrag an die Bundesregierung wird aktiv umgesetzt. Unter anderem sollte ein „Expertenkreis Antisemitismus“ eingerichtet werden.

Mit konstituierender Sitzung am 9. September 2009 nahm der unabhängige Expertenkreis aus Wissenschaft und Praxis, der gemäß Bundestagsbeschluss regelmäßig Bericht über den Antisemitismus in Deutschland erstatten und Empfehlungen zu seiner nachhaltigen Bekämpfung unterbreiten soll, seine Arbeit auf.

Der Expertenkreis beschäftigt sich in verschiedenen Arbeitsschritten mit einer Bestandsaufnahme und Analyse vorhandener relevanter Berichte zum Antisemitismus. Terminologisch-definitivische und empirisch-methodische Fragen sowie die Evaluierung von Daten und Fakten zur Prävention des Antisemitismus stehen ebenso im Mittelpunkt der Arbeit. Dies soll auch dem Aspekt der Verstärkung von Projekten gegen Antisemitismus Rechnung tragen.

Vorgesehen ist, einen ersten Bericht an die Bundesregierung zur Übermittlung an das Parlament Ende 2011 vorzulegen.

Hinsichtlich des Aufbaus und der Pflege jüdischer Institutionen wird darauf hingewiesen, dass die Bundesregierung eine Vielzahl von überregional bedeutsamen jüdischen Einrichtungen fördert. Dazu gehören beispielsweise die Hochschule für jüdische Studien, das Zentralarchiv zur Erforschung der Geschichte der Juden in Deutschland, das Abraham Geiger Kolleg mit dem ihm angegliederten Jewish Institute of Cantorial Arts und das Leo Baeck Institut e. V. Darüber hinaus wird als Ausdruck der kontinuierlichen Zusammenar-

beit zwischen der Bundesregierung und der jüdischen Gemeinschaft deren Dachorganisation, der Zentralrat der Juden, mit einer Staatsleistung in Höhe von 5 Mio. € pro Jahr gefördert.

Die in dem Bundestagsbeschluss zum Ausdruck gebrachte Erwartung, die Lehrpläne in den Schulen um Themen zum jüdischen Leben und der jüdischen Geschichte zu erweitern, wurde an den Vorsitzenden der Kultusministerkonferenz herangetragen.